



**17. Landtag von Baden-Württemberg, 13. Sitzung**

**Mittwoch, 06. Oktober 2021, 10:00 Uhr**

## **Rede zu TOP 2**

Dr. Natalie Pfau-Weller

### **Aktuelle Debatte/vorgezogene Initiative (AfD)**

**„Die CO2-Steuer ist ein marktwirtschaftliches Instrument-  
wie grün-schwarz Baden-Württemberg in die sozialistische  
Planwirtschaft führt“**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herzlichen Dank für diese aktuelle Debatte. Ich freue mich, wenn wir uns detaillierter mit den Themen Klimaschutz und die Weiterentwicklung institutioneller Instrumente zur Reduktion von Treibhausgasemissionen diskutieren.

Aber ich muss dem Titel der von Ihnen beantragten Debatte widersprechen. Wir als grün-schwarze Koalition wollen den Wandel hin zur Klimaneutralität, den wir volkswirtschaftlich zu organisieren haben, weil CO2 klimaschädlich ist, nämlich so gestalten, dass er auch sozial akzeptabel ist. Die CO2 Bepreisung ist nur ein Instrument eines breiten Blumenstraußes und die grün-schwarze Koalition wird keinesfalls Baden-Württemberg in die sozialistische Planwirtschaft führen.

Lassen Sie mich zunächst auf den Instrumentenkasten eingehen. Er umfasst drei Instrumente, wie wir bereits am vergangenen Donnerstag im Umweltausschuss miteinander diskutiert haben: den CO2-Schattenpreis, den CO2 Emissionshandel und die CO2 Steuer.

### Erstens zum Schattenpreis:

Das Umweltbundesamt (UBA) ermittelt den CO<sub>2</sub>-Schattenpreis folgendermaßen: Die Höhe der Schäden werden geschätzt, die der Gesellschaft durch Treibhausgasemissionen entstehen. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, für die Sanierung und den Neubau von Landesliegenschaften einen CO<sub>2</sub>-Schattenpreis systematisch zu berücksichtigen. In unserem Koalitionsvertrag ist ein CO<sub>2</sub>-Schattenpreis von 180 Euro vorgesehen. Über eine inflationsbereinigte Anpassung des Schattenpreises ist zu gegebener Zeit zu entscheiden.

Dieses Instrument benutzt beispielsweise das Unternehmen Shell. Von Planwirtschaft kann also keine Rede sein.

### Zweitens zum Emissionshandel:

Die EU hat 2005 das weltweit erste Treibhausgas-Emissionshandelssystem eingeführt. In das Handelssystem sind größere Industrieanlagen mit einer Leistung von mehr als 20 Megawatt einbezogen. Über Handelsbörsen werden Zertifikate ausgegeben; ein Zertifikat berechtigt zum Ausstoß von einer Tonne CO<sub>2</sub>äqu. Der Preis für ein Zertifikat folgt dem Grundprinzip von Angebot und Nachfrage. Es steht einem Emittenten frei, darüber zu entscheiden, für den Ausstoß weiterhin über den erforderlichen Erwerb von Zertifikaten zu bezahlen oder in effizientere bzw. emissionsärmere Technik zu investieren. Der EU-Emissionshandel gilt nach anfänglichen Schwierigkeiten als ein erfolgreiches Klimaschutzinstrument und ist zwischenzeitlich weltweit in zahlreichen Staaten in häufig etwas abgewandelter Form eingeführt. Die Preise für die Zertifikate bilden sich am Markt. Von Planwirtschaft kann also auch hier keine Rede sein.

### Drittens zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung:

Nachdem in Deutschland zum 1. Januar diesen Jahres in Kraft getretenen Brennstoffemissionshandelsgesetz wird in den Sektoren Wärme und Verkehr der Ausstoß von CO<sub>2</sub> aus fossilen Energieträgern mit einem Preis belegt. Der Preis für eine ausgestoßene Tonne CO<sub>2</sub> beläuft sich in diesem Jahr auf 25 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> und erhöht sich stufenweise bis 2025 auf 55 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>; danach soll sich der Preis am Markt in einem vorgegebenen Korridor von mindestens 55 Euro bis höchsten 65 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> bilden.

Diese drei marktwirtschaftlichen Instrumente sind wichtig und richtig.

Aber wir machen noch mehr:

Um Baden-Württemberg und insbesondere die Landesverwaltung auf dem Weg zur CO<sub>2</sub>-Neutralität voranzubringen, haben wir unter dem Dach der Landesstiftung Baden-Württemberg zum 1. Januar 2021 die Klimaschutzstiftung Baden-Württemberg gegründet. Das Land zahlt als Ausgleich für seine CO<sub>2</sub>-Emissionen in die Stiftung ein, die dann weltweit in Klimaschutzmaßnahmen investiert. Auch Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen können sich an diesem Modell beteiligen und so ganz individuell und für das große Ganze Klimaneutralität erreichen. Die Klimaschutzstiftung des Landes kann der Nukleus für eine klimaneutrale Volkswirtschaft in Baden-Württemberg werden.

Und das neue Klimaschutzgesetz steht ja gleich auch noch auf unserer Tagesordnung.

### **Warum brauchen wir überhaupt eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung?**

Ohne strengere Maßnahmen zur CO<sub>2</sub> Einsparung schaffen wir unsere angestrebten Ziele nicht. Es ist richtig und wichtig, dass wir finanzielle Anreize durch Förderprogramme und Subventionen schaffen, damit erneuerbare Energien ausgebaut werden sowie Privatleute und Unternehmen Anstrengungen unternehmen. Aber Deutschland droht sein rechtlich verbindliches Klimaschutzziel gemäß der Europäischen Lastenteilungsverordnung zu verfehlen, das eine Reduktion der Treibhausgasemissionen in den nicht vom Europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS) erfassten Sektoren (Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und kleinere Industriebetriebe) bis zum Jahr 2030 um 38 Prozent gegenüber 2005 vorsieht. Die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer setzt gegenüber unveränderter steuerlicher Belastung einen Impuls, verkehrsbedingte Emissionen zu reduzieren. Die erzielte Emissionsminderung ist abhängig von der Höhe der CO<sub>2</sub>-Steuer.

### **Minerölsteuer**

#### **Wofür wird das Geld verwendet?**

Die öffentlichen Einnahmen durch Klimapolitik sollen für Investitionen in klimafreundliche Transportinfrastruktur verwendet werden. Schwach angebundene Regionen können ausgebaut werden. Dortige Haushalte hätten kostengünstige Alternativen zum Individualverkehr.

Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist deshalb klug und richtig, weil der Preis für CO<sub>2</sub> ab 2025 nicht vom Staat bestimmt wird. Vielmehr werden die Regeln der sozialen Marktwirtschaft angewandt und der Preis von einem Markt, nämlich der Nachfrage nach CO<sub>2</sub>-Zertifikaten, bestimmt. Deswegen wollten alle - Gewerkschaften, der Mittelstand, der Handel, die Industrie und die Energiewirtschaft - die CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die wir jetzt umgesetzt haben.

Keine Angst, Ihre Luft zum Atmen besteuern wir nicht.

### **Weswegen tun wir das?**

Wir tun das, damit unsere Umwelt intakt bleibt. Da wir klimaneutral werden wollen. Wir wollen, dass unsere Wälder nicht vertrocknen. Wir wollen unseren Kindern den Planeten Erde hinterlassen. Der verantwortungsvolle Umgang mit der Natur und die Bewahrung der Schöpfung sind wesentliche Bestandteile unseres Wertekompasses. Wir vertreten das Prinzip „Schützen durch Nützen“. So einfach ist das.

### **Was müssen wir noch tun?**

Wenn es in unserer eigenen Wirtschaft keine Veränderungen gibt, wird Baden-Württemberg weltweit nicht vorn bleiben können. Wir geben viel Geld aus in einem Bereich, in dem wir traditionell die Besten sind, nämlich im Bereich der Energieeffizienz, und auch beim ökologischen Bauen werden Milliarden investiert, damit es morgen möglich sein wird, CO<sub>2</sub>-neutral im Haus zu leben. Das alles ist eben nicht nur gut für die Natur, sondern auch für die Arbeitsplätze im Land. Das schafft Wohlstand und Exportchancen, Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze für die nächsten Jahrzehnte.

Europa geht diesen Weg mit dem großen europäischen Grünen Deal, Deutschland geht diesen Weg, und Baden-Württemberg ist ihn in den letzten Jahren genauso gegangen. Wir tun dies mit sozialer Akzeptanz. Wir nehmen die Menschen mit. Wir tun dies aus ökologischer Verantwortung und auch mit wirtschaftlicher Kompetenz. Und natürlich müssen wir auch global gemeinsam versuchen CO<sub>2</sub> Emissionen zu mindern, da 98 Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub> - Ausstoßes außerhalb Deutschlands stattfindet – Tendenz steigend.

Wie Sie gemerkt haben, ist die CO<sub>2</sub> Bepreisung zwar kein Allheilmittel, aber ein Baustein unseres Maßnahmenkatalogs. Und daher möchte ich mit einem Zitat

von Willy Brand enden – liebe Grüße an meine zwei Lieblings-SPD-Kollegen Nick Fink und Anne Kenner:

„Ich glaube nicht, dass diejenigen recht haben, die meinen, Politik besteht darin, zwischen Schwarz und Weiß zu wählen. Man muss sich auch häufig zwischen den verschiedenen Schattierungen des Grau hindurchfinden“.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.